

An die
Oberbürgermeisterin
der Stadt Remscheid
Frau Beate Wilding
Rathaus
42849 Remscheid

18. Juni 2012
VII/Me

Haushaltsanierungsplan der Stadt Remscheid für die Jahre 2012-2021

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur aktuellen Haushaltslage und zum Haushaltssanierungsplan der Stadt Remscheid für 2012-2021 nehmen wir wie folgt Stellung:

Remscheid ist in die aktuelle Finanzmisere nicht nur durch die Landes- und Bundespolitik, sondern auch durch eigenes Dazutun geraten. Zu den Gründen zählen das spekulationsfreudige Agieren von Verwaltung und Politik, welches z.B. riskante Cross- Border- Leasing- und Derivatgeschäfte ermöglicht hatte, sowie eine vergleichsweise kostenintensive Personalpolitik. Die Stadt hat nicht rechtzeitig, und wenn, dann nur zögerlich und eher unwillig, gegengesteuert. So sind auch viele IHK- Empfehlungen verworfen worden, wie die Veräußerung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft oder die Beteiligung an interkommunalen Kooperationen, wie der bergischen Feuerwehrleitstelle oder der Volkshochschule. Immerhin hat die Stadt in den letzten Jahren ein deutlich gesteigertes Interesse an Kooperationen gezeigt und trägt beispielsweise die Kooperation der bergischen Gesundheitsämter mit. Gleichwohl wird Konsolidierung umso schwieriger und schmerzlicher, je später man damit beginnt.

Die Stadt erwartete für 2011 einen Verlust in Höhe von 78 Mio. Euro. Die aktuelle Planung rechnet nur noch mit minus 51 Mio. Euro. Die Verbesserung resultiert aus höheren Steuereinnahmen und der ersten Tranche aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen in Höhe von fast zehn Mio. Euro. Ferner korrigierte die Stadt die Wertansätze der Aktiva ihrer Eröffnungsbilanz nach unten mit der Folge, dass sie die Jahresabschreibungen etwa fünf Mio. Euro niedriger ansetzen kann-

te. Das städtische Rechnungsprüfungsamt hatte diese Neubewertung akzeptiert; fraglich ist, ob das auch jede private Wirtschaftsprüfungsgesellschaft getan hätte. Aufgrund optimistischer Annahmen hinsichtlich der weiteren Ertragssteigerungen (Gewerbsteuer, Einkommensteuer, Schlüsselzuweisungen, Transfererträge) und Aufwandsminderungen (Abschreibungen, Personal und Zinsen) prognostiziert die Stadt für 2016 einen verbleibenden Fehlbetrag von 25,6 Mio. Euro, der durch eigene Maßnahmen auf Null zu bringen ist. Der auszugleichende Jahresverlust erscheint uns „schön gerechnet“ und bereits ohne eigene Konsolidierungsmaßnahmen viel kleiner als noch vor einem Jahr. Dahinter steht wohl auch der Wunsch zu zeigen, dass Remscheid die Bedingungen des Stärkungspakts Stadtfinanzen erfüllen und einen ausgeglichenen Haushalt wieder erreichen kann.

Der von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Haushaltssanierungsplan enthält 40 Maßnahmen mit einem Volumen von 23,2 Mio. Euro (einschließlich der durch die Umsetzung resultierenden Zinsersparnis von zwei Mio. Euro). Somit klafft trotz der vorgeschlagenen Maßnahmen noch eine Lücke, die sich durch den unerwartet hohen Tarifabschluss weiter vergrößert hat. Des Weiteren stellen wir Folgendes fest:

1. Der Haushaltssanierungsplan der Remscheider Stadtverwaltung kommt nicht ohne Steuer- und Preiserhöhungen aus. Die geplanten Einnahmenerhöhungen machen fast die Hälfte des Gesamtvolumens der Maßnahmen aus.

Die Hebesatzerhöhungen bei der Gewerbesteuer (auf 490) und der Grundsteuer B (auf 600) schaden der Stadt im Standortwettbewerb um Unternehmen und Einwohner. Beispielsweise senkt die Stadt Monheim ihren Gewerbesteuer- Hebesatz in diesem Jahr auf 300 Punkte (siehe Anlage). Steuererhöhungen sollten deshalb nur als allerletzte Maßnahmen in Betracht kommen.

Die zunächst geplante Einführung der Pferdesteuer (262,5 T€) wird inzwischen mehrheitlich von der Politik abgelehnt. - Unseres Erachtens sollte die Mobilfunkmastensteuer (800 T€) das Schicksal der Pferdesteuer teilen. - Die Beitragserhöhungen bei OGGS- und Kindertagesangeboten (470 T€) werden ebenfalls nicht weiter verfolgt. Stattdessen plant die Politik, die außerordentliche Personalfluktuaton in einer Größenordnung von sechs Stellen pro Jahr bzw. 60 Stellen in zehn Jahren für einen zusätzlichen Personalabbau zu nutzen. Die IHK begrüßt, dass Remscheid personelle Überkapazitäten künftig abbauen möchte. Aber entsprechende politische Beschlüsse gab es bereits in der Vergangenheit, ohne dass sie umgesetzt worden wären.

2. Die zunächst beabsichtigte Beschränkung auf zwei Bezirksvertretungen (46 T€) wäre lobenswert gewesen, weil die Politik damit gezeigt hätte, dass sie selbst bereit ist, einen Beitrag zu leisten. Dies hätte eine hohe Symbolkraft entfaltet. In Wuppertal wurde ein vergleichbarer Vorschlag nicht einmal in den Haushaltsanierungsplan der Verwaltung aufgenommen. Nur sind jetzt auch die Remscheider Politiker nicht mehr daran interessiert, eine Reduktion der politischen Vertretung in Erwägung zu ziehen.

Das eingeplante Volumen der gesamten Aufwandsminderungen hängt zudem in Remscheid oftmals noch von Prüfaufträgen und zusätzlichen Investitionen ab. Beispielsweise soll eine Begrenzung der Transferaufwendungen durch die Entwicklung und den Einsatz sogenannter Präventionsketten erreicht werden (4,2 Millionen Euro in 2016 und 7,8 Millionen Euro in 2021). Das macht etwa ein Fünftel des Gesamtvolumens aller Maßnahmen aus. Remscheid hat für diese „Sparbeiträge“ die vom Innenministerium geschätzten Steigerungen der Transferaufwendungen zugrunde gelegt und glaubt, diese durch die noch unbestimmten Präventionsketten ausgleichen zu können. Aus fachlicher Sicht mag dies durchaus sinnvoll sein. Wir sind aber skeptisch, ob und inwieweit hierdurch Haushaltsverbesserungen erreicht werden. Nach unserer Auffassung sollte die Stadt zunächst konkrete Konzepte für die Präventionsketten entwickeln und anschließend damit Erfahrungen in der Praxis sammeln, bevor sie etwaige Haushaltseinsparungen einplant.

Immerhin gibt es ein aktuelles Modellprojekt der Landesregierung und der Bertelsmann-Stiftung, das „Wir lassen kein Kind zurück“ heißt. Remscheid gehört aber – anders als Wuppertal - nicht zu den bezuschussten Modellkommunen. Der Bertelsmann-Stiftung zufolge ist es wissenschaftlich nicht erwiesen, dass derartige Präventionsketten tatsächlich zu Einsparungen führen. Sicher ist nur, dass zunächst zusätzliche Ressourcen eingesetzt werden müssen. Zum jetzigen Zeitpunkt halten wir diese Konsolidierungsmaßnahme somit nicht nur für vage, sondern auch für nicht seriös.

3. Die Technischen Betriebe / REB der Stadt Remscheid sollen ab 2014 jährliche Abführungen in Höhe von zwei Mio. Euro an den Kernhaushalt leisten. Denn die vom Eigenbetrieb gezahlten Zinsen liegen unter dem Kalkulationszins von 5,5 Prozent, weshalb Überschüsse anfallen. Eine derartige Maßnahme würde in der Tat den Jahresverlust im Kernhaushalt verringern. Kostenrechnende Einrichtungen haben aber nicht den Zweck, Überschüsse für den allgemeinen Haushalt zu generieren, sondern sollen kostendeckend betrieben werden. Die Höhe der Gebühren sind wesentliche Standortfaktoren. Die Gebührenzahler sollten deshalb nicht über Gebühr zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden, sondern nur für Leistungen zahlen müssen, die möglichst kostengünstig erbracht worden sind.

Im Übrigen soll noch ein Prüfauftrag ergehen um festzustellen, welche Aufgaben der Be-

reiche Sportamt, Gartenpflege-, Forst- und Straßenbau auf die Technischen Betriebe verlagert werden können, um strukturelle Verbesserungen und Synergien zu erreichen. Die bereits erfolgte Übertragung der Grundabgabenverwaltung (drei Stellen) auf die REB dürfte hierfür als Muster gelten. Konsolidierungseffekte können aber nur dann entstehen, wenn die Technischen Betriebe übertragene Aufgaben kostengünstiger erledigen und die Kernverwaltung das ausgelagerte Personal nicht wieder ersetzt.

4. Die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen soll jährlich eine Mio. Euro weniger Aufwand als bisher verursachen. Die Unterhaltungsarbeiten sollen offensichtlich in dieser Größenordnung unterbleiben. Logischerweise müsste dann der Wertverlust dieser Anlagegüter steigen. Gleichwohl rechnet die Stadt mit sinkenden Abschreibungen, somit einer besseren Wertentwicklung, was nicht plausibel erscheint. Die Remscheider Wirtschaft bezweifelt, dass die Stadt mit einer derartigen Maßnahme nachhaltige wirtschaftliche Vorteile generieren kann.
5. Als relativ großer Posten erscheint auch die Einsparung durch Kündigung des Gesellschaftsvertrages Bergische Symphoniker in Höhe von 0,9 Mio. Euro in 2016 und 1,5 Mio. Euro in 2021. Es ist aber noch rechtlich unklar, ob die Stadt Remscheid den Vertrag überhaupt einseitig kündigen darf.

Unsere Bewertung der geplanten größeren Konsolidierungsmaßnahmen erlaubt die Schlussfolgerung, dass der federführend im OB-Büro erstellte Haushaltssanierungsplan keinen substantiellen Beitrag zur Haushaltssanierung liefern wird. Wir bleiben bei unserer Empfehlung, erhebliche Effizienzgewinne und Einsparpotentiale insbesondere durch interkommunale Kooperationen zu erreichen. Der langfristige Bevölkerungsrückgang sowie Produktivitätsfortschritte im Zuge des technischen Fortschritts (E-Government, etc.) sorgen zudem dafür, dass sich die nachteiligen Wirkungen eines Personalabbaus für das Leistungsniveau der Stadt in vertretbaren Grenzen halten lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz-Helmut Kempkes
Vizepräsident

Michael Wenge
Hauptgeschäftsführer

Anlage